

schaftswissenschaftliche Analyse durchzuführen, wie das Dokument vom 27. Oktober 1989 über die Lage der DDR-Wirtschaft zeigte.

An diesem Dokument ist interessant, daß die DDR-Wirtschaftsführung auf eine Finanzierung zurückgegriffen hatte, die die Nationalsozialisten bei der Kriegsführung benutzt hatten. Als der Schleier der Fiktionen und Illusionen von der DDR-Wirtschaft 1989 zurückgezogen wurde, zeigte sich die ungeheure Dimension des Ruins der DDR-Wirtschaft: sie besaß maximal 20 % der Produktivität der bundesdeutschen. Es gibt einen Forscher an der TU in Dresden, Herr Kollege Blum, der konstatierte, daß die DDR 1990 das Niveau gehabt hat, wie 1943/44. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Professor Schneider, bitte Herr Dr. Romberg, Finanzminister der Regierung de Maizière.

Dr. Walter Romberg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin eigentlich Mathematiker und kein Ökonom und habe mich 1990, wenn ich mich politisch beschäftigt habe, mit kirchlichem Hintergrund um politische und militärische Sicherheitspolitik gekümmert. Aus diesem Grunde erwarten Sie von mir bitte keine kompetenten Aussagen über die DDR-Ökonomie. In Absprache mit dem Veranstalter möchte ich etwas vortragen, was sozusagen zwischen dem Programm von jetzt –Zwischenbilanz der Transformation – steht. Ich möchte sozusagen eine Fallgeschichte berichten, die auch zum Problembereich der Wahrnehmung gehört, Wahrnehmung der Fähigkeiten, der Wirtschaftsorganisierung und Wahrnehmung der Fähigkeiten von Wirtschaftspolitik.

Ich möchte einige historische Bemerkungen zu einem Aspekt der Transformation der DDR-Wirtschaft machen, der den heutigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmt hat. Der Aspekt, der für mich der Hauptpunkt des politischen Versagens im deutschen Einigungsprozeß ist: Ich meine das Fehlen 1990 (und später) eines angemessenen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungskonzepts für die DDR-Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, oder, wenn Sie so wollen, das Fehlen einer der Aufgabe angemessenen Wirtschaftspolitik schlechthin.

Dabei betrachte ich den Zeitraum Februar bis September 1990 aus dem Blickwinkel meiner Erfahrungen als Leiter der DDR-Gruppe in der gemeinsamen Experten-Kommission von Bundesrepublik Deutschland und DDR für die Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft (Februar bis April 1990) und als Mitglied der Regierung de Maizière (April bis August 1990).

Ich unterscheide drei Phasen:

1. Februar bis Anfang April (Regierung Modrow)
2. Mitte April (Beginn der Regierung de Maizière) bis zur Währungsunion (1. Juli 1990)

3. Juli bis September 1990.

Zur ersten Phase:

Nach dem Angebot der Bundesregierung an die Regierung der DDR Anfang Februar 1990 für die Herstellung einer Währungsunion begannen am 20. Februar die Gespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Experten-Kommission.

Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm für die DDR-Wirtschaft kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990, in dem zunächst darauf verwiesen wird, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 % niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 % der Unternehmen dort bei einem „Wurf in das kalte Wasser“ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre, wird festgestellt:

„Wir müssen [...] mit allem Ernst die Frage einer Strukturanpassungsphase für den Übergang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe und Unternehmen für einen Zeitraum von mindestens 3-4 Jahren stellen. Wir halten das für ein Kernstück der Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft“.

Vorgeschlagen wird deshalb die Erarbeitung von Grundsätzen und Modalitäten einer solchen Strukturanpassungsphase in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Hintergrund für die DDR-Position ist die Expertise des damaligen DDR-Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung vom 22. Februar. Sie enthält die grobe „Konzeption zur Strukturanpassung der Wirtschaft der DDR bei der Herstellung der Währungsunion“. Darin wird geschätzt, daß ca. 80 % der Betriebe und Unternehmen der DDR aller Bereiche nicht konkurrenzfähig und deshalb existenzgefährdet sind. In der Expertise wird ein klares allgemeines industriepolitisches Konzept für die Strukturanpassung vorgelegt mit allgemeinen Kriterien dafür, welche Industrie-Zweige zu fördern bzw. nicht zu fördern sind. Dazu gehört auch das Kriterium, ob im jeweiligen Industriezweig die Kapazitäten der analogen Branche in der Bundesrepublik weitgehend ausgelastet sind oder nicht – d. h. das Konzept ist auf einen mit BRD-Interessen abgestimmten Industrieaufbau ausgerichtet. Dabei spielen das Kriterium „Langfristige Lieferverpflichtung in die Sowjetunion“ und das Kriterium „Absatzmöglichkeit in Osteuropa“ eine Rolle. (Diese beiden letzten Kriterien treten zu dieser Zeit auch in westdeutschen Analysen auf.)

Anhand dieser Kriterien benennt das Strukturanpassungskonzept, welche DDR-Wirtschaftsbereiche unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Förderbe-